



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie
leben!



Demokratie leben!

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt
und Menschenfeindlichkeit



„Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ möchte ich die Zivilgesellschaft im Kampf gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Tendenzen in unserem Land stark machen.

Ich will die Menschen vor Ort unterstützen, die sich für ein offenes und vielfältiges Land einsetzen. Gleichzeitig möchte ich alle Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit einzubringen. Geben Sie unserer Demokratie mit Ihrem Engagement ein lebendiges Gesicht und lassen Sie uns Demokratie gemeinsam leben!“

Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit sind dauerhafte Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die Herausforderungen durch Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Homophobie und Transphobie, gewaltorientierter Islamismus und Dschihadismus, linke Militanz und andere Bereiche zeigen die Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene. Um ihnen kraftvoll entgegenzutreten, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft.

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es werden besonders Projekte gefördert, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren.

Das Programm setzt auf verschiedenen Ebenen an: Ziel ist es, Projekte sowohl mit kommunalen wie auch mit regionalen und überregionalen Schwerpunkten zu fördern.

Das Programm gliedert sich in folgende Bereiche

Lokale Partnerschaften
für Demokratie

Landes-
Demokratiezentren

Strukturentwicklung
bundeszentraler Träger

Modellprojekte zu ausgewählten
Phänomenen gruppenbezogener
Menschenfeindlichkeit
und zur Demokratiestärkung
im ländlichen Raum

Modellprojekte zur
Radikalisierungsprävention

Lokale Partnerschaften für Demokratie

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise darin, im Rahmen von lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen.

In diesen „Partnerschaften für Demokratie“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung und Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.

Den geförderten Kommunen stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jährlich – mit einer Perspektive von fünf Jahren – Gelder für einen Aktions- und Initiativfonds zur Verfügung, aus dem konkrete Einzelmaßnahmen finanziert werden können. Des Weiteren erhalten sie Gelder für eine Koordinierungs- und Fachstelle, für Aktivitäten zur Förderung von Partizipation, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sowie für einen Jugendfonds, der konkret die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in einem zu entwickelnden Jugendforum stärkt.

Landes-Demokratiezentren

Um Menschen im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Vorfällen zu unterstützen, wurden in den Bundesländern Netzwerke etabliert, die die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote verknüpfen. So unterstützen beispielsweise die Opferberatungen Betroffene rechter Gewalt bei der Bewältigung der Folgen der Gewalttat. Zu den weiteren Angeboten zählen etwa die Mobilen Beratungsteams und die Ausstiegsberatung.

Die Demokratiezentren unterstützen – in enger Abstimmung mit den Landesregierungen – die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Stärkung der demokratischen Kultur und Extremismusprävention ihrem Bundesland. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten, insbesondere der Partnerschaften für Demokratie.

Strukturentwicklung bundeszentraler Träger

Erstmals unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend längerfristig eine Auswahl nichtstaatlicher Organisationen, die in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit und für Demokratie und Vielfalt bundesweit bedeutsam sind. Damit wird die Entwicklung einer bundesweit tätigen Infrastruktur gefördert, die fachliche Unterstützung durch Expertinnen und Experten ermöglicht und erfolgreiche Arbeitsansätze weiterentwickelt.

Im Rahmen kontinuierlichen Dialogs und Kooperation tragen die bundeszentralen Träger dazu bei, die thematischen Schwerpunkte des Programms weiterzuentwickeln und neue, aktuelle Herausforderungen zu identifizieren und bearbeiten.

Weitere Informationen unter www.demokratie-leben.de

Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Modellprojekte entwickeln und erproben innovative Ansätze im Bereich der Demokratieförderung und der Präventionsarbeit. Ziel ist vor allem die Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt Modellprojekte, die sich ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit widmen:

Aktuelle Formen des Antisemitismus

Antisemitismus als Feindseligkeit gegen Jüdinnen und Juden artikuliert sich vielfältig und hat verschiedene Begründungsformen. Die geförderten Projekte setzen sich mit dem gegenwärtigen Antisemitismus auseinander und entwickeln konkrete Ansätze und Angebote. Besonders gefördert werden Projekte gegen antizionistischen und sekundären Antisemitismus.

Antiziganismus

Antiziganismus als Feindseligkeit gegen Sinti und Roma reicht von der tradierten Vorurteilsverbreitung bis hin zu gewaltbereiten Übergriffen. Ziel der geförderten Projekte ist es, Handlungsmodelle zivilgesellschaftlichen Engagements zu entwickeln und der Ethnisierung gesellschaftspolitischer Probleme zu Lasten von Sinti und Roma entgegenzuwirken.

Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit

Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit beschreibt eine Ablehnung aufgrund einer tatsächlichen oder zugeschriebenen Religionszugehörigkeit zum Islam. Die geförderten Projekte tragen dazu bei, Anerkennung und Verständigung zu stärken und Konflikte zu bewältigen, bei denen die Faktoren Kultur, Ethnizität, Herkunft oder Religion eine Rolle spielen.

Homophobie und Transphobie

Homophobie und Transphobie zeigen sich in der Stigmatisierung und Ablehnung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Personen (LSBTI). Es werden Maßnahmen gefördert,

die zur Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen beitragen, Vorurteile und Feindlichkeit gegen LSBTI abbauen helfen und sich gegen Diskriminierung und Gewalt auf Grund von Geschlecht bzw. Gender, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung richten.

Darüber hinaus werden Modellprojekte gefördert, die in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die besonderen Rahmenbedingungen im ländlichen, strukturschwachen Raum in den Fokus nehmen. Hierbei geht es darum, die demokratische Kultur vor allem junger Menschen zu stärken und neue Formen der Konflikt- und Problemlösung zu erproben.

Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention

Eine weitere Gruppe von Modellprojekten widmet sich der Prävention von Radikalisierungsprozessen vor allem in den Bereichen Rechtsextremismus, Ultrationalismus, gewaltorientierte islamistische, salafistische Phänomene sowie gewaltorientierte und demokratiefeindliche Erscheinungsformen linker Militanz.

Die Projekte setzen in konfliktbelasteten Sozialräumen an und entwickeln Strategien der Auseinandersetzung mit dem Ziel einer konstruktiven, demokratisch ausgerichteten Bearbeitung der Problem- und Konfliktlagen. Entsprechend der unterschiedlichen gesellschaftlichen Verbreitung der genannten Phänomene sowie den verschiedenen Ausprägungen, Wechselwirkungen und Ursachen von Radikalisierungsprozessen bei jungen Menschen sollen die Modellprojekte heterogene Zugänge, verschiedene sozialräumliche Ansätze sowie unterschiedliche Deeskalations- und Distanzierungsstrategien erproben.

Zu den Projekten gehören u.a. die Erprobung von Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention im Internet, in den Social Media sowie zur Auseinandersetzung mit Internetangeboten politisch radikalen Inhalts, die Erprobung von Strategien peerbasierter Distanzierung, die Weiterentwicklung von Angeboten der Arbeit mit Eltern betroffener junger Menschen oder von Trainings mit politisch bzw. religiös motivierten jugendlichen Gewalttätern bzw. -täterinnen.

Impressum

Dieser Flyer ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; er wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Telefon: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
montags–donnerstags 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: XXXX

Stand: Februar 2015, 1. Auflage

Gestaltung: neues handeln GmbH

Illustration: Andreas Schickert

Bildnachweis Frau Schwesig: Bundesregierung / Denzel

Druck: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de.